Freitag, 9. März 1923. **Einzelnummer 200 Mark.** 52. Jahrgang. Nr. 55

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 120.— M. Reklameteil. 360.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M. „ Reklameteil 360.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Aus den Parlamenten.

Aus dem Senat.

Folgende Gesetzentwürfe liegen gegenwärtig dem Senat zur Prüfung vor: 1. Ein Entwurf des Finanzministeriums betr. Erhöhung der Garantie des Fiskus für die von der Polski Bank Krajowy ausgegebenen Kommunalobligationen. 2. Ein Entwurf des Finanzministeriums betr. Ermächtigung des Finanzministers zur Tätigung einer Anleihe von 12 Milliarden Mark bei der Polski Bank Krajowy. 3. Ein Entwurf des Finanzministeriums über die erste Ergänzung des Staatshaushaltsplanvorentwurfes für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1923.

Die Tätigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

In der Mittwochsitzung des Sejmausschusses für öffentliche Arbeiten hielt Minister Łopuszański ein Exposé über die Tätigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Der Minister betonte, daß der Anteil des Ministeriums am Staatsbudget im Vergleich zu seinen wirklichen Bedürfnissen vollkommen unzureichend sei. Das Ministerium umfaßt gegenwärtig das Staats- und Privatbauwesen, die Kreis- und Wasserwege und die gesamte Wasserwirtschaft mit Ausnahme der Meliorationen. Aus den vom Minister angeführten Zahlen geht hervor, daß der Anteil des Ministeriums für öffentliche Arbeiten am Staatsbudget 5,64 Prozent im Jahre 1921, 4 Prozent im Jahre 1922 betrug und für das Jahr 1923 auf 5,57 Prozent vorgesehen ist. Der Minister wies darauf hin, daß die Zahl des technischen Personals im Ministerium nicht ausreichend sei, daß das Ministerium im Vergleich zum Jahre 1914 im ehemals österreichischen Teilgebiet 51 Prozent, im ehemals deutschen Teilgebiet 55 Prozent und im ehemals russischen Teilgebiet 82 Prozent des Vorkriegspersonals beschäftige, also durchschnittlich 63 Prozent des technischen Personals vor dem Kriege. Das Ministerium, das zu Beginn des Jahres 1920 5662 Beamte besaß, beschäftigt gegenwärtig 2722 Beamte. Was die Pläne für das Jahr 1923 betrifft, so hängt ihre Verwirklichung von den Geldmitteln ab, die die Regierung und die Selbstverwaltungskörperschaften für Wegebauzwecke anweisen werden. Der Minister sprach dann von den Schwierigkeiten, auf die das Ministerium bei der Gestellung von Waggons und infolge der ungenügenden Anzahl von tätigen Steinbrüchen stoße. Das Ministerium müsse den Ausbau der Steinindustrie durch die Inbetriebsetzung von Basalt- und Granitbrüchen in Wolhynien erstreben. Es fehle an Wegebau-, Dampf- und Benzinmaschinen. Die intensive Ausbesserung der Wege im Kreise Warschau und die Ausbesserung der vernichteten Brücken schreitet ständig vorwärts. Für den Wiederaufbau der Poniatowskibrücke ist dem Magistrat der Stadt Warschau eine entsprechende Subvention zugestanden worden. Der Wiederaufbau der Pfeiler wird bald beendet sein, und die Arbeiten an der Montage der Eisenbindungen sind bereits begonnen worden. Eine der nächsten Aufgaben des Ministeriums wird der Ausbau einer Gesamtwegstrecke von 4600 Kilometern sein, die sich in verwahrlostem Zustande befinden. Solche Wege sind vorwiegend in den Ostmarken vorhanden. Die Notwendigkeit des Umbaues dieser Wege ist von administrativen und wirtschaftlichen Rücksichten diktiert. Die schnelle Durchführung dieser Aufgabe wird von den Krediten abhängen, die man zu diesem Zwecke anweisen wird.

Das Budgetprovisorium.

Der Finanzminister hat dem Sejm einen Gesetzentwurf vorgelegt betr. Ergänzung des vorläufigen Staatshaushaltsplanes für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März dieses Jahres. Diese Ergänzung verlangt Erhöhung der in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Posten entsprechend der Zunahme der Teuerung. Unter anderen wurden neue Kredite gefordert für die durch die Besetzung der neutralen Zone veranlaßten Ausgaben, so besonders für den Wiederaufbau der von den Litauern zerstörten Bahnlinie Wilna—Grodno zweieinhalb Milliarden und für die Organisation der Post sechshundert Millionen, ferner siebenhundert Millionen für die Ergänzung der Kredite des Außenministeriums, sechshundert Millionen für das Innenministerium und 34 Milliarden und 46 Millionen für Ruhestandsgehälter und Hinterbliebenenbezüge.

Die Unterstützung der Familien der übungspflichtigen Reservisten.

Der Heeresausschuß des Sejm setzte seine Beratungen über den Gesetzentwurf betr. die Unterstützung der Familien der zu militärischen Übungen einberufenen Reservisten fort. Angenommen wurde die Bestimmung, daß die Höhe der Unterstützungen, die dem Existenzminimum gleichkommen und wöchentlich ausgezahlt werden sollen, im voraus, nach Tagen berechnet, festzustellen ist. Den größten Teil der Sitzung beschäftigte die Aussprache über Artikel 12, der die Frage behandelt, wer die Unterstützungen zu zahlen hat, der Fiskus oder die Privatinstitutionen oder Selbstverwaltungseinrichtungen. Die Aussprache wurde nicht zu Ende geführt. Die meisten Mitglieder des Ausschusses stehen auf dem Standpunkt, daß die Hauptlast der Fiskus tragen muß.

Askenazy und die Liquidierung deutschen Besitzes.

In der Mittwochsitzung des Auslandsausschusses des Sejm stand die Frage der Liquidierung deutschen Besitzes in Polen auf der Tagesordnung. Askenazy berichtete darüber und erklärte: **Die Hauptursache dessen, daß der bisherige Verlauf dieser Angelegenheit nicht zu den für Polen wünschenswerten Ergebnissen geführt hätte, sei der Mangel an Energie bei der Bevölkerung Großpolens, wie er sich in den Jahren 1919 und 1920 gezeigt hätte, und die Passivität der großpolnischen Behörden auf diesem Gebiete.** Weiter erklärte Herr Askenazy, **die zweimalige Hinausschiebung der Exmission** (einmal vom Dezember 1921 bis Juli 1922, das andere Mal vom 3. Juli bis zum 20. September 1922) **sei von der Regierung in Warschau veranlaßt worden,** in dem einen Falle auf Initiative des Herrn Olszowski, im zweiten Falle auf Grund von Beschlüssen der Regierungsfaktoren.

In der Aussprache wurde die bisherige Regierungspolitik und die Tätigkeit des Herrn Askenazy auf dem besprochenen Gebiet lebhaft kritisiert. Es sprachen unter anderen die Abgg. Kozicki, Naruszewicz, Szebeko, Koitańy und Stroński. Der zuletzt genannte erklärte: **Die unfruchtbare Tätigkeit des Herrn Askenazy im Völkerbund sei für den polnischen Staat sehr kostspielig.** Er erhalte ein Jahresgehalt von einer Milliarde Polenmark und außerdem noch Diäten. Die Delegation, an deren Spitze Herr Askenazy steht, koste monatlich 20 000 Franken. Nach Stroński sprachen noch die Abgeordneten Klinke, Marjan Seyda und andere.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Am Dienstag, 5 Uhr nachmittags, begann die 311. Sitzung des Deutschen Reichstags. Reichskanzler Cuno wandte sich zu Beginn seiner Rede gegen die Neubesetzungen bei Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt. Die Begründung mit der Sperrung des Rhein—Herne-Kanals wies er zurück, da die deutsche Regierung mit dieser Maßnahme nichts zu tun habe. Es sei ebenso ein Rechtsbruch wie die Besetzung von Offenburg und Appenweier wegen des Ausfalls einiger Schnellzüge, die Besetzung von Emmerich und Wesel der Einbruch in die Städte Caub, Königswinter und Lorch, die ohne jeden Rechtsgrund, ja sogar ohne einen Rechtsvorwand besetzt wurden. Auch im englischen Unterhause sei dies Vorgehen durch den Regierungsvertreter als der vertragsmäßigen Grundlage entbehrend hingestellt worden.

Im folgenden wendet sich der Kanzler gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden gegen die Eisenbahner. Durch das ganze Vorgehen Frankreichs sei zwischen beiden Völkern ein Haß entstanden, der nicht leicht wieder abzutragen sei. Jetzt müsse ein Warnungssignal aufgesteckt werden. „Die letzten sieben Wochen sind am deutschen Volke nicht spurlos vorübergegangen. Es sind Wochen gewesen, wie sie niemals einem Kulturvolk in Friedenszeiten zugemutet wurden. Das Recht wird von Frankreich mit Füßen getreten, ohne daß einer der zahlreichen Garanten des Versailler Vertrages auch nur einen Finger rühre, um das gemeinsame Werk zu schützen. Proteste über Proteste gehen in die Welt. Sie werden in Paris mit Hohn abgewiesen, in anderen Hauptstädten mit einem Achselzucken hingenommen, als ginge das alles die Welt nichts an. Und doch ist es die neue, von den Mächten für die Errichtung eines dauernden Friedens geschaffene und verbriefte Rechtsordnung, gegen die sich der französische Vorstoß ebenso sehr richtet, wie gegen das nächstbetroffene Deutschland und seine neue demokratische Staatsordnung. Ist es, sagte Cuno, zu verwundern, wenn in unserem Volke Gefühle um sich greifen, die aus der dauernden Kränkung an Ehre und Recht, aus der wirtschaftlichen Not und der politischen Vereinsamung zusammenfließen, die Volksseele mit kaum erträglichen Spannungen belasten?" (Lebhafte Zustimmung.)

Weiter erinnert der Kanzler an die Erklärung der französischen Regierung zu Beginn der Besetzung, wonach sie von Soldaten nur in beschränktem Maße Gebrauch mache, um die Ingenieurkommission zu schützen und keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung erfolgen solle. Die Wirklichkeit sei ganz entgegengesetzt. Reichskanzler Cuno schildert das Vorgehen der fünf Divisionen mit 75 Tanks und Hunderten von Fahrzeugen, die Frankreich entsandt hat. Er spricht über die Ausweisungen, die Kriegsgerichtsurteile, die unwürdigen Gefängnisse. Cuno stellt die Frage: „Wo ist die Ehre?" Auch in Frankreich schäme man sich dieser Taten und eine lügnerische Propaganda suche alles zu verdecken. Die Verbrechen im Ruhrgebiet gemahnen aber an die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges.

Und doch sei alles umsonst. Die Ingenieure sollten Kohle und Koks für Frankreich beschaffen. Das Ergebnis ist, daß vom 11. Januar bis 5. März statt 2,1 Millionen Tonnen, die Deutschland freiwillig geliefert hätte, nur 74 000 Tonnen nach Frankreich gingen. An Holz erhielt Frankreich im gleichen Zeitraum überhaupt nichts, ebensowenig an sonstigen Reparationsleistungen, wie Vieh, Maschinen, Chemikalien u. a. Als dritter Posten auf der Passivseite erscheinen die ungeheuren Aufwendungen für die Entsendung und den Unterhalt der Truppen. Eine Aktivseite der Bilanz gebe es nicht. Das ganze Unternehmen sei durchaus unproduktiv. In Lothringen feiern 80 von 100 Hochöfen, der Kokspreis ist auf das Doppelte gestiegen, der Wert des Franken beträgt ein Drittel des Wertes vor dem Kriege. Die finanzielle Rechnung wird demnächst den französischen Steuerzahlern präsentiert werden. Wieviel besser wäre es gewesen, wenn Poincaré den Pariser Vorschlag angenommen hätte, der sofortige Ausfolgung einer großen Anleihe mit fester Verzinsung und Amortisation geboten habe. Dann würde die französisch-belgische Bilanz nur eine Aktivseite und keine Passivseite aufweisen.

Deutschland ist zwar waffenlos, aber der einmütige passive Widerstand des ganzen Volkes, der nicht von der Regierung befohlen zu werden braucht, sondern aus den tiefsten Tiefen der Volksseele herstammt, wird andauern bis zum Tage der Befreiung vom Zwang des Gegners. Durch wirtschaftliche Maßnahmen, wie die Stabilisierung der Mark, wird dieser Widerstand unterstützt.

Die bisherigen Leistungen auf Grund des Versailler Vertrages seien ungeheuer. Diese Leistungen werden indessen der Bevölkerung der alliierten Länder von ihren Staatsmännern verschwiegen. Das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten hatte einen Wert von 5,6 Goldmilliarden, die Saargruben 1 Milliarde, die militärischen Rücklaßgüter 4,2 Milliarden, die abgegebenen See- und Binnenschiffe 6 Milliarden, die bisher gelieferten Kohlen und Koks 2,3 Milliarden, das aufgegebene deutsche Eigentum im Auslande 11,7 Milliarden. Dazu kommen die abgetretenen Forderungen an die ehemaligen Kriegsverbündeten. So wurde eine Gesamtleistung von 45,6 Milliarden Goldmark erreicht. Rechnet man noch den Wert des abgerüsteten Kriegsmaterials hinzu, so ergibt sich die riesige Summe von 56,5 Goldmilliarden, das ist bei dem gegenwärtigen Dollarstande der unausdenkbare Betrag von 285 Billionen Papiermark. Die Staatsmänner der Alliierten kennen die Ziffern, die Völker kennen sie nicht. Noch dazu sind diese Leistungen nicht von einer blühenden, sondern von einer durch den Krieg schwer geschädigten Volkswirtschaft bewirkt worden. Der Kanzler widerlegt die Legende von den „Riesengewinnen der deutschen Industrie". Bei Umrechnung in Goldmark erkennt man, daß diese Gewinne nur bei der landläufigen Gleichsetzung von Goldmark und Papiermark bestehen, in Wirklichkeit aber Verluste vorliegen.

Deutschland sei bereit gewesen, wirtschaftlich mit Frankreich zusammenzuarbeiten und die beiden Wirtschaftssysteme in ein enges Verhältnis zu bringen. All das wurde nicht gehört. Deutschland bat in Paris die Mächte in aller Form, schriftliche Vorschläge einreichen und erläutern zu dürfen. Es sollte ein genau ausgearbeiteter Plan vorgelegt werden. Aber die Ruhrbesetzung war vorher beschlossene Tatsache. Auch der Vorschlag eines mindestens 30jährigen Sicherheitsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich wurde zurückgewiesen.

„Wir wollten ehrlichen Herzens die Reparationen, wollten aufrichtig die Verständigung der Völker statt ihres Hasses. Wir wollen es noch. (Beifall.) Was will Frankreich? Es hat das alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist: die Zerstörung Deutschlands." Der Kanzler erinnert an die geheime Denkschrift Dariacs, die ganz unverhohlen die Aufteilung Deutschlands vorsieht. Der erste Schritt soll die Abtrennung des Rheinlandes sein. Diese Pläne können nicht gelingen, und wenn sie gelingen, wäre es ein furchtbares Unheil für Europa. Deutschland wollte friedliche Regelung, Frankreich das Diktat der Gewalt. Darum fort mit dem Gerede von Verhandlungsbereitschaft, mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern an die französische Adresse zu richten sind. Deutschland wird keine Unterschrift leisten, deren Erfüllung unmöglich ist und keiner Regelung zustimmen, die die besetzten Gebiete im Stiche läßt. Will Frankreich die Kapitulation, so setzt Deutschland dem den unerschütterlichen Willen entgegen, nicht zu kapitulieren.

Zum Schluß richtet der Kanzler in gehobenem Tone einen nachdrücklichen Appell an die Mächte von Versailles. Er fragt, ob der Gedanke des Rechts denn ganz ausgestorben sei. „Ich appelliere nicht, auch heute nicht, ich klage nicht an; ich stelle nur fest, daß wir nach siebenwöchigem Kampfe um das Recht unseres Volkes und das Recht der Völker auch heute noch alleinstehen." Zwar walten, so sagt der Kanzler, harte Interessenfragen über den Geschicken der Völker und Nationen, aber verlangt nicht gerade der eigene Nutzen jedes einzelnen Volkes, daß dieser Kampf aufhört? „Der Tag muß einmal kommen, wo die ehrliche Vereinbarung gleichberechtigter Völker endlich an die Stelle des militärischen Diktates treten wird. Deutschland führt gleichzeitig mit seiner eigenen Sache die des Rechtes und der Menschlichkeit."

Die Aussprache über die Rede des Reichskanzlers wurde auf Mittwoch 1 Uhr angesetzt.

Um die Ostgrenze Polens.

Die ostgalizische Frage.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Abgeordneten Marjan Seyda, Stroński und Czerniewski legten dem Minister Skrzyński gegenüber eine Erklärung ab, in der außer dem unerschütterlichen Standpunkt der von den genannten drei Abgeordneten vertretenen Parteien in der ostgalizischen Frage hingewiesen wird: Ueber die innere Organisation Ostgaliziens — wird dort gesagt — hätte der Sejm der Republik bereits endgültig entschieden.

Die Pariser Kommission zur Lösung der polnischen Ostgrenzfrage.

Wie der Berichterstatter der „Gazeta Warszawska" aus Paris meldet, gehören der Kommission, die die polnische Ostgrenzfrage bearbeitet, an: La Roche (Frankreich), Targent (England), Vannutelli (Italien) und Unjakashi (Japan). Die Kommission sollte am 6. März ihre Arbeiten zum Abschluß bringen und am 7. ihren Bericht erstatten. In Bezug auf die ostgalizische Frage ist eine Verzögerung eingetreten. Die Engländer sind der Ansicht, daß die ostgalizische Angelegenheit im Sinne des § 91 des Vertrages von Versailles gelöst werden muß, und erklären, daß die Beschlüsse Polens über Ostgalizien den Botschafterrat nicht binden können.

Die polnisch-litauische Grenze.

Die polnische Telegraphenagentur verbreitet eine längere Auslassung über die polnisch-litauische Grenze, in der unter anderem gesagt wird: „Angesichts der Tatsache, daß der Botschafterrat bezw. der oberste interalliierte Kriegsrat in Paris gegenwärtig über die Ostgrenze der Republik Polen berät und daß hinsichtlich der am 3. Februar festgelegten vorläufigen Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen bei Festlegung der endgültigen Grenze Berichtigungen vorgenommen werden können, hat die polnische Regierung die entsprechenden Schritte getan, um die wünschenswert erscheinenden Aenderungen der Demarkationslinie bezw. der endgültigen Grenze in der aufgehobenen neutralen Zone zwischen Polen und Litauen herbeizuführen. In dem ungeheuren Komplex der Aufgaben, die die Festlegung der Ostgrenzen Polens als Ganzes darstellt, bildet die polnisch-litauische Grenze ohne Zweifel an sich ein verhältnismäßig unerhebliches Problem. Die polnische Regierung ist durchaus überzeugt von der Wichtigkeit und Bedeutung der von der Gerechtigkeit verlangten Aenderungen und wird nicht unterlassen, ihren vollen Einfluß auszuüben, um das gewünschte Ergebnis herbeizuführen, obwohl dies nicht zu den leichten Aufgaben gehören wird, da sich im Laufe der Zeit erhebliche Schwierigkeiten angehäuft haben. Unser Standpunkt als der Standpunkt eines Staates, der in loyaler Weise alle bisherigen Beschlüsse des Völkerbundsrates respektierte im Gegensatz zu der Aggressivität Litauens, gibt die volle Bürgschaft dafür, daß diese Angelegenheit im Sinne der gerechten Forderungen Polens entschieden werden wird."

Republik Polen.

Mac Donell in Warschau.

Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Mac Donell, traf am Mittwoch in Begleitung des Chefs der Sektion für nationale Minderheiten im Völkerbund, Colban, in Warschau ein. Er wurde von Prof. Askenazy und von den Ministern Straßburger und Skrzyński empfangen und wird auch dem Präsidenten der Republik seinen Besuch machen.

Die bevorstehenden Reservistenübungen.

Wie die „Gazeta Warszawska" meldet, werden die Staatsbeamten und Funktionäre der Staatsbehörden, die zu den achtwöchigen militärischen Übungen einberufen werden für die Dauer der Übungen entsprechend den geltenden Bestimmungen ihre vollen Gehaltsbezüge erhalten.

Der neue Metropolit.

Die orthodoxe Synode trat hier dieser Tage zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. die Wahl des Metropoliten der orthodoxen Kirche in Polen vorgenommen wurde. Die Wahl fiel auf den Erzbischof von Wolhynien und Krzemieniec, Dionizy, der demnächst in Warschau eintrifft, um sein neues Amt zu übernehmen.

Rücktritt des Präsidenten des Hauptlandamtes.

Der in einer Sitzung des Landwirtschaftsausschusses des Sejm von den Abgg. Bryl und Kiernik angegriffene Präsident des Hauptlandamtes, Ludkiewicz, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Polens Berliner Vertreter.

An die Stelle des zurückgetretenen Gesandten Madejski tritt Dr. Marcell Szarota als Geschäftsträger Polens bei der deutschen Regierung.

Ein notleidendes Ministerium.

„Gazeta Poranna" schreibt, daß am ruhigsten von allen Ministerien in der Welt sich das polnische Ministerium für Kultus und Unterricht verhält. Seit 10 Tagen hat dieses Ministerium mit der Versendung von Rundschreiben, Verordnungen und Gesetzen aufgehört. Diese ungewöhnliche Ruhe soll sich dadurch erklären, daß das Ministerium zur Zeit das Briefporto nicht mehr aufbringen kann (?).

Der sparsame Abgeordnete.

„Rzeczpospolita" schreibt: Nach Artikel 86 der neuen Sejmgeschäftsordnung werden jedem Abgeordneten, wenn er zwei oder mehr Plenarsitzungen im Sejm oder in der Kommission versäumt, für jede Sitzung — mit der zweiten beginnend — 5 Prozent der Diäten in Abzug gebracht. Zum Zwecke der Durchführung der Kontrolle der Anwesenheit der Abgeordneten befinden sich am Eingange des Sitzungssaales Tische mit den Abgeordnetenlisten, in die sich die Abgeordneten beim Eintritt in den Saal einschreiben. In der gestrigen Sitzung wurde festgestellt, daß Abgeordnete nicht anwesend waren, aber dennoch den unangenehmen finanziellen Folgen ihres Fernbleibens entgehen wollten. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Abgeordnete Krempa — von der früheren Stapińskigruppe — seit einer Reihe von Tagen nicht in Warschau weilte, und trotzdem in der Liste eingetragen war. Die eingeleitete Untersuchung und die Vergleichung des Schriftcharakters hat ergeben, daß der Klubabgeordnete Wiewiorski dem Abgeordneten Krempa diesen Freundschaftsdienst erwiesen hat. Von dieser Feststellung wurde der Sejmmarschall in Kenntnis gesetzt.

Der Hafen in Gdingen.

„Dziennik Gdański meldet, daß der Staatspräsident im April in Gdingen eintreffen wird, um die polnische Meeresküste kennen zu lernen. Demnächst soll ein Teil der französischen Flotte Gdingen anlaufen.

Ein Streik im Theater.

Am Dienstag traten die Mitglieder des Orchesters des „Teatr Nowosci" in Warschau eine halbe Stunde vor Beginn der Aufführung in den Ausstand, weil sie am 1. März ihr Gehalt nicht in der vollen, von ihnen geforderten Höhe erhalten hatten und ein von ihnen gestelltes Ultimatum von der Theaterdirektion zurückgewiesen worden war. Sie verließen das Theater, ihnen folgten die übrigen Künstler und nach einiger Zeit auch die Zuschauer, die sich schon eingefunden hatten.

Die amerikanischen Waggons für Polen.

Wie die „Gazeta Gdańska" meldet, sind von den von der polnischen Regierung in Amerika aufgekauften 7500 vierachsigen Zwanzigtonnenwaggons, hinsichtlich deren Abmontierung mit der Waggonfabrik in Danzig und mit der Vulkanwerft in Stettin ein Abkommen getroffen worden ist, 879 Waggons, die auf drei Schiffe verladen waren, in Danzig angekommen. In den nächsten Tagen sollen zwei weitere Schiffe, das eine in Danzig, das andere in Stettin einlaufen. Außerdem sollen im Laufe des Monats noch vier weitere Schiffsladungen in Danzig eintreffen. Die Ladungen kommen teils auf amerikanischen Schiffen, teils auf englischen Schiffen an. In Danzig werden die Waggons auf der Insel Holm ausgeladen und dann zur Abmontierung nach der Werft gebracht. Außer den Waggons sind 25 Baldwinlokomotiven eingetroffen. Für die Waggons wurden in Amerika 460 Dollars gezahlt. Bisher sind 225 abmontierte Waggons aus Danzig weitertransportiert worden. Die Montagearbeiten in der Danziger Werft haben einer großen Zahl von Arbeitslosen in Danzig Beschäftigung gegeben. Es sind dort dabei 400 Arbeiter beschäftigt.

Immer neue Besetzungen.

Die Besetzung von Wipperfürth und Remscheid.

Der Vormarsch der Franzosen, der von Bohwinkel aus in südöstlicher Richtung unternommen wurde, ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Besetzt sind die Orte Wipperfürth, Remscheid, Gräfrath und Kronenberg. In allen diesen Orten sind Stadtkommandanturen eingerichtet worden. Wie von französischer Seite behauptet wird, war der Mittwoch als Ruhetag bestimmt, der Vormarsch soll fortgesetzt werden. Die Besetzung Dieringhausens, eines sehr wichtigen Eisenbahnknotenpunktes am Brückenkopf Koblenz, steht bevor.

Besetzung von Mülheim.

Die französischen Truppen haben Dienstag vormittag unter den üblichen Begleiterscheinungen Mülheim besetzt. Die Stadt ist nun auch ohne Polizei. Die Schupoleute haben sich schon in der Nacht entfernt. Zahlreiche Sicherheitsbeamte sind im Laufe des Tages verhaftet worden. Mülheim ist bekanntlich das Zentrum der Thyssen-Werke und eine hervorragende Industriezentrale. In Dortmund sind Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung von Hamm verbreitet. In Hamm befindet sich jetzt der Rumpf der Eisenbahndirektion Essen.

Vormarsch bis München?

Nach dem „Daily Telegraph" ist man in Londoner diplomatischen Kreisen geneigt, die Besetzungen bei Darmstadt, Karlsruhe und Mannheim als Vorbereitungen anzusehen für ein Vorrücken nach München. Die französischen Generale, besonders Marschall Foch sehen München für das Hauptzentrum der Wiederbelebung des militärischen Geistes in Deutschland an. Der Vormarsch nach München erscheint den Franzosen leichter als der nach Berlin. — Diese Meldungen des „Daily Telegraph" dürften wohl kaum den Tatsachen entsprechen. Einen solchen Schritt, wie die Besetzung von München dürften sich die Franzosen, deren Moral durch den bisherigen Widerstand im Ruhrgebiet schon stark erschüttert ist, wohl kaum wagen. D. Red.

Einbehaltung der Jahresklasse 1921 in Frankreich.

Der Ministerrat hat den Kriegsminister ermächtigt, die Jahresklasse 1921, die eigentlich zum Osterfeste entlassen werden sollte, bis zum 31. Mai unter den Fahnen zu halten. Der Kriegsminister unterbreitete dem Ministerrat eine Gesetzesvorlage, nach der die Verpflichtung von Kapitulanten für 6 Monate gestattet werden soll. Die Bedeutung des Beschlusses, die Klasse 1921 bis auf weiteres unter den Fahnen zu halten, wird dadurch unterstrichen, daß der „Temps", das französische Regierungsblatt, dies als außenpolitisches Ereignis an leitender Stelle bespricht. Das Blatt bemerkt dazu, der Beschluß sei eine notwendige Folge der Tatsache, daß das Kabinett Cuno von den deutschnationalen Politikern beherrscht werde.

Im englischen Unterhaus

fand am 6. März wieder eine Ruhrdebatte statt. Der Führer der Arbeiterpartei, Ramsey Macdonald, forderte das Unterhaus auf, die französische und belgische Kammer zu ersuchen, daß diese je einen Vertreter aller Parteien für ein Komitee ernennen. Dies Komitee sollte die Lage prüfen und mit einem entsprechenden englischen Komitee zusammen die Ruhr- und Reparationsfrage behandeln. Die englische Arbeiterpartei sei überzeugt, daß keine Intervention von englischer Seite möglich sei, so lange nicht ein Meinungsaustausch zwischen England und den Okkupationsmächten stattgefunden hätte. Die Frage der französischen Sicherheit müsse dem Völkerbund übertragen werden. Vom Völkerbund solle man auch eine sofortige Anzahlung auf die deutsche Reparationsschuld verlangen, und zwar auf Grund einer internationalen Anleihe. Die gegenwärtige Lage könne leicht einen Krieg herbeiführen.

Lord Robert Cecil erwiderte, daß der von der Arbeiterpartei gemachte Vorschlag völlig unzureichend sei, um eine so schwierige Lage wie die Europas in Ordnung zu bringen. Die von der Arbeiterpartei angeregten Komitees könnten ihre Befugnisse nicht ausüben, ohne in die Politik des einen oder anderen Staates einzugreifen. Die englische öffentliche Meinung könne aber die Einmischung solcher Komitees nicht billigen. Auch die Form, in der der Völkerbund zur Lösung der Fragen angegangen werden sollte, hält Lord Cecil nicht für ausführbar.

So lange die französischen Staatsmänner des Glaubens seien, daß der Druck auf Deutschland eine Wirkung üben werde, wäre es nach Auffassung der britischen Regierung nutzlos, eine Vermittlung anzubieten.

Bonar Law erklärte sodann, die englische Regierung glaube, daß augenblicklich das Eingreifen nicht von Nutzen wäre. Frankreich würde es als eine feindselige Handlung auffassen. Ganz offen erklärte der Ministerpräsident, daß England nicht bereit sei, einen solchen Schritt zu unternehmen. Die Frage der Reparationen sei keine Frage, an der nur Frankreich und Belgien beteiligt seien, sondern eine europäische Frage, an der auch England interessiert sei und in der es einiges zu sagen habe. Die Besorgnisse, die die Ruhrbesetzung im Unterhause hervorgerufen habe, würden von der Regierung geteilt. — Man berücksichtige die Worte Bonar Laws: ein Eingreifen Englands wäre „augenblicklich" nicht von Nutzen. Darin liegt der Gedanke, daß in Zukunft ein Augenblick kommen kann, wo es von Nutzen ist. Die Besorgnisse der englischen Regierung, von denen der Premier spricht, werden dazu führen, daß dieser Augenblick ausgenutzt wird. D. Red.

Sowjetrußland.

Landwirtschaftliche Ausstellung Moskau 1923.

Die russische landwirtschaftliche Ausstellung, die im August 1923 in Moskau stattfinden wird, soll auch für ausländische Firmen zur Beteiligung offen stehen. Sämtliche Exponate ausländischer Herkunft, die zur Ausstellung angenommen worden sind, können an staatliche, genossenschaftliche, öffentliche Organisationen und auch an Privatpersonen auf dem Gelände der Ausstellung verkauft werden; jedes Geschäft muß jedoch im Auslandsbureau registriert und die Zollgebühren für die Exponate entrichtet werden. Vom Wert sämtlicher auf der Ausstellung verkaufter Waren werden 10 Prozent zugunsten dieser Ausstellung erhoben. Der russische Volkskommissar für Außenhandel, Krassin, teilt in der „Ind.- u. Hand.-Ztg." über die Ausstellung folgendes mit: „Die Ausstellung ist der erste kulturelle Schritt, der ganz Rußland umfaßt und die verbündeten Republiken vereinigt. Wir mußten schon mehrere Male im gegebenen Augenblick alle unsere Energie sowohl an den militärischen wie auch an den wirtschaftlichen Fronten anwenden. In diesem Falle handelt es sich um eine Prüfung der Kräfte für ein großes kulturelles Unternehmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Die ausländische Abteilung der Ausstellung hat nicht nur die Aufgabe, den russischen Bauern die Errungenschaften der Technik in der Landwirtschaft des Westens zu zeigen, sondern hat auch für uns große Bedeutung als Anzeiger der Klärung der ökonomischen Beziehungen anderer Länder zu uns. Die Aussteller der Länder, die mit uns politische oder Handelsverträge geschlossen haben, werden weitgehend zur Ausstellung eingeladen. Die Bedingungen der Beteiligung der Ausländer an der Ausstellung sehen einen freien Verkauf der ausgestellten Waren (bei Bezahlung der Einfuhrgebühr) vor. Es wird den russischen Käufern zum ersten Male nach der Revolution die Möglichkeit gegeben, ausländische Ware unmittelbar einzukaufen. Ich nehme an, daß es auch für die ausländischen Firmen von regem Interesse sein wird, an Ort und Stelle die Bedürfnisse des russischen Käufers zu klären und sich über die bei uns vorhandenen Rohmaterialien zu unterrichten. Das Staatsmonopol des Außenhandels verringert keinesfalls die Bedeutung der Auslandsabteilung der Ausstellung, da natürlich nötige und gute Waren für Rußland den Zugang in das Land unter den üblichen, vom Volkskommissariat für Außenhandel festgelegten Bedingungen finden werden. Ich sehe in der Auslandsabteilung der Ausstellung einen internationalen wirtschaftlichen Verkehr der Völker mit Rußland und bin fest überzeugt, daß die uns freundschaftlich gesinnten Länder regen Anteil an der Ausstellung nehmen werden. Ich nehme auch an, daß die anderen Länder, die, wie ich meine, nicht in schlechten Beziehungen zu uns verharren wollen, sich beteiligen werden. Unsererseits werden verschiedene Erleichterungen gewährt, um so viel wie möglich ausländische Aussteller zur Ausstellung heranzuziehen."

Die Beziehungen Rußlands zu Italien.

Der Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Rom hat der italienischen Regierung eine Verbalnote übergeben, in welcher die Unwahrheit von Nachrichten festgestellt wird, denen zufolge die Sowjetrepublik an irgend einer politischen Propaganda in Italien teilgenommen habe. Die russische Regierung habe auch in Zukunft nicht die geringste Absicht, sich an irgend einer feindseligen Propaganda gegen die öffentlichen Einrichtungen Italiens zu beteiligen, und dies nicht bloß gemäß übernommener Verpflichtungen, sondern vielmehr auf Grund des Wunsches, einen engeren freundschaftlicheren Anschluß Italiens an Rußland herbeizuführen. Die gemeinschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen könnten nur in einer friedlichen Atmosphäre gefördert werden. Für Taten der kommunistischen Internationale, die zwar in Moskau ihren Sitz hat, zu der die Regierung der Sowjetrepublik aber in gar keinen amtlichen Beziehungen steht, könne eine Verantwortung nicht übernommen werden.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(41. Fortsetzung.)

Als am Nachmittag Völker und Emma kamen, um nach ihr zu sehen, war sie eine wortkarge Gastgeberin, die zerstreute Antworten gab und sichtlich nicht bei der Sache war.

Auch Loisl fand sie am Abend versonnen und verträumt, fest verstrickt in ihre Gedanken, so daß er sie bald wieder verließ, um nach anderen Dingen zu sehen.

Kaum aber begann die Dämmerung herabzusinken, da wurde es hell und licht in ihr. Fiebernd vor Verlangen, lief sie in ihre Kammer, griff nach der Rohrpfeife, gab eine Kugel hinein, entzündete sie und sah erwartungsvoll der blauen Flamme zu, die über der Kapsel tanzte.

Und wieder kam das selige Vergessen über sie, in dem alles Erdenleben in nichts zerrann, wieder erfüllte sie der große begeisternde Rausch, der ein Hochgefühl ohnegleichen in ihr erzeugte, wieder nahm sie der beglückende Traum in seine Arme, bis sie endlich in tiefen, festen Schlaf versank, der sie umfangen hielt bis in den späten Morgen.

Als sie erwachte, fühlte sie sich müde und zerschlagen; ihr Herz pochte ungestüm und ihr ganzer Körper war erfüllt von einer seltsamen Qual und Unlust. Nur wenn sie an den Abend dachte und an den Rausch, der wieder folgen würde, empfand sie etwas wie ein tiefes Glücksgefühl, das sich allmählich in gespannte Erwartung auf den Abend wandelte.

Gegen Mittag erhob sie sich und bereitete sich selbst ein Mahl. Aber als sie nach Tisch daran dachte, daß sie tags zuvor Völkers versprochen hatte, sie im Observatorium zu besuchen, fühlte sie sich auf einmal unfähig, diesen Weg zu machen und schickte Loisl zu dem Geologen mit der Mitteilung, ihr wäre nicht wohl, sie käme am nächsten Tage.

Den Nachmittag verbrachte sie träumend auf dem Sofa; eine einschmeichelnde, jede Kraft lähmende Lässigkeit erfüllte sie, aus der nur ein Verlangen fühlbar wurde: das Sehnen nach dem Abend mit seinem Vergessen, seinem Rausch und seinem Traum.

Früher als tags zuvor griff sie nach Pfeife und Kugel, tiefer schien ihr das Vergessen, wilder der Rausch und schöner der Traum; aber bleierner war auch ihr Schlaf, der sie diesmal nicht erquickte, sondern wie ein schweres Gift zu betäuben schien und fest umfangen hielt, bis die Sonne bereits im Zenit stand.

Müder und zerschlagener als am andern Morgen erwachte sie, und der Gedanke, den weiten Weg bis zum Observatorium zurücklegen zu sollen, erschien ihr so unerträglich, daß sie Loisl bereits um die Mittagszeit zu Völkers schickte.

Wieder lag sie nach Tisch träumend auf dem Sofa, und eine tiefe Unlust vor jeder Beschäftigung erfüllte sie; nur brannte in ihr heißer denn je das Verlangen nach der Beglückung des Abends, den sie kaum erwarten konnte.

Noch weit früher als gestern stieg sie in ihre Kammer hinauf und setzte die Pfeife in Brand. Mit fiebernden Augen starrte sie nach den tanzenden Flammen, und noch tiefer als das letzte Mal erschien ihr das Vergessen, noch heißer der Rausch und noch seliger der Traum.

Noch fester, totenähnlicher umfing sie freilich auch der Schlaf, und als sie andern Tages nach Mittag erwachte, war immer noch eine erdrückende Müdigkeit in ihr.

Sie verspürte Hunger und konnte sich doch nicht dazu aufraffen, sich ein Mahl zu bereiten. Sie dachte daran, daß diesen Nachmittag Fernleitner zurückkehren mußte, und war unfähig aufzustehen und sich anzukleiden.

Alles, was bisher ihr Leben erfüllt hatte, war ihr gleichgültig geworden, und mit erschreckender Deutlichkeit erkannte sie nur eins: daß sie dem unheimlichen Zauber des Grafen Broighem unrettbar verfallen war.

Als Fernleitner gegen Abend aus der Stadt zurückkam, war Ruth nicht am Halteplatz erschienen. Loisl als ihr Abgesandter meldete nur, daß sie sich nicht wohl fühle und ihr Fernbleiben zu entschuldigen bitte.

Erstaunt drang Fernleitner mit Fragen in den Knecht; doch dieser war nicht imstande, erschöpfende Auskunft zu geben, da er sich über Ruths Zustand selber nicht im Klaren war.

So schritt denn der Dichter in aufgeregter Hast seiner Hütte zu, verabschiedete sich rasch von Mrs. Stevenson und Mr. Ellis und sprang mit ein paar Sätzen die Treppe zur Kammer empor, in der Ruth wieder auf dem Divan lag und schlief.

Mit wachsender Verwunderung blickte Fernleitner auf die Ruhende, deren Atem nicht in regelmäßigen Zügen, sondern stoßweise ging während die Augen tief in den Höhlen lagen. Auch das Antlitz schien krankhaft verändert: die sonst so frischen Wangen waren schlaff, unter den Augen zeigten sich tiefe Schatten, und die Pulse der Hände flogen in unruhigem Wechsel.

Besorgt sah Fernleitner auf Ruth und überlegte, welche Krankheit sie befallen, welche Einflüsse diese furchtbaren Veränderungen bewirkt haben könnten. Da schreckte die Schlummernde plötzlich empor.

„Du bist es, Rudolf?" fragte sie mit tonloser Stimme und strich sich mit müder Geste über die halbgeöffneten Augen.

„Was ist Dir denn?" forschte er voll ernster Besorgnis und wollte ihr den Puls fühlen.

Aber sie entzog ihm die Hand, die er ergriffen hatte, und wehrte lächelnd ab: „Es ist nichts! Ich bin nur so entsetzlich müde!"

Damit erhob sie sich und versuchte ein paar Schritte zu tun. Aber sie schwankte und wäre gefallen, wenn Fernleitner sie nicht rechtzeitigt gestützt hätte.

„Du bist krank!" drang er in sie mit wachsender Angst. „Du hast ganz bestimmt Fieber!"

Da lächelte sie wieder ihr versonnenes, weltverlorenes Lächeln. „Ich bin nicht krank!" widersprach sie hastig. „Und ich habe auch ganz gewiß kein Fieber, sondern komme jetzt mit Dir hinab zum Abendbrot."

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Münchener Enthüllungen.

Die Münchener Polizeidirektion teilt mit: Einer amtlichen Stelle ist Ende Februar bekannt geworden, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die außerhalb der politischen Parteien stehen, den Entschluß gefaßt hatte, in der allernächsten Zeit eine gewaltsame Änderung der bayerischen Verfassung herbeizuführen. Bisher wurden fünfzehn Personen verhaftet. Von den Festgenommenen wurden sieben dem Richter übergeben, während die übrigen nach Feststellung des Sachverhalts aus dem politischen Gewahrsam entlassen wurden. Die Hauptbeteiligten sind der Professor Georg Fuchs und Kapellmeister Hugo Machhaus, beide aus München. In der gleichen Sache wurde am gestrigen Tage auch der frühere Münchener Rechtsrat Kuhles festgenommen, jedoch nach einer Stunde wegen Mangels an belastendem Material wieder entlassen. Kuhles hat sich später erschossen.

** **Botschafter Dr. Mayer †.** Der bisherige deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist in der Nacht zum Dienstag in München am Magenkrebs gestorben. Dr. Mayer, der aus der Pfalz stammt und im 49 Lebensjahr stand, war seit Ende Januar 1920 als Geschäftsträger in Paris und wurde 1921 zum Botschafter ernannt. Sein Tod soll auch in Paris in diplomatischen und politischen Kreisen aufrichtige Teilnahme erregt haben.

** **Ein politischer Zwischenfall auf der Leipziger Messe.** Der „Danz. Ztg." wird folgendes aus Leipzig gemeldet: Trotz des ausdrücklichen Verbotes des Leipziger Messeamtes, das Franzosen und Belgier vom Besuch der Frühjahrsmesse ausschließt, ist es einem belgischen Einkäufer gelungen, sich einzuschmuggeln. Gestern abend ging dieser Belgier, ein gewisser Jossaert, mit einem Schweizer, laut französisch sprechend, die Straße entlang. Ein Engländer, der die beiden für Franzosen hielt, machte eine abfällige Bemerkung. Kaum war der Engländer wenige Schritte an den beiden vorüber, als ein Schuß fiel, der den Engländer in den Fuß traf. Während Passanten sich um ihn bemühten, verfolgte ein Herr die beiden und ließ sie festnehmen. Der Belgier bestritt auf der Polizeiwache, geschossen zu haben, wurde aber durch Augenzeugen überführt. In seiner Manteltasche fand man noch eine Patrone, die Waffe hat er wahrscheinlich fortgeworfen. Der Belgier und der Schweizer wurden gegen hohe Kaution aus der Haft entlassen.

** **Demonstration von Hakenkreuzlern in Potsdam.** Hakenkreuzler versammelten sich nach dem „Berl. Tagebl." gestern nachmittag in Potsdam am Potsdamer Hauptbahnhof mit entblößten Fahnen, die alle das Hakenkreuz trugen. Unter Absingung des Liedes: „Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt", zogen sie zur Garnisonkirche zum Gottesdienst, an dem auch Reichswehrangehörige teilnahmen. Nach einem Umzug durch die Straßen zogen die Trupps zum Antikentempel.

** **Nationalsozialisten in Hannover.** In Hannover drangen Nationalsozialisten in eine Mitgliederversammlung der Deutschen demokratischen Partei ein, in der Freiherr von Richthofen über die Ruhrbesetzung und die außenpolitische Lage sprach. Es entstand eine Prügelei, bei der einige Stühle in die Brüche gingen. Die Radauhelden wurden aus dem Saal entfernt und die Versammlung unter polizeilichen Schutz gestellt.

Aus aller Welt.

Sturmszenen im Prager Abgeordnetenhause. Im Prager Abgeordnetenhause kam es bei der ersten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik zu überaus stürmischen Szenen, so daß der Präsident sich genötigt sah, die Parlamentswache eingreifen und einige Abgeordnete zwangsweise aus dem Saale entfernen zu lassen. Das Präsidium, das Kenntnis davon erhalten hatte, daß die Kommunisten das Gesetz mit allen Mitteln zu obstruieren beabsichtigten, hatte die Parlamentswache durch Polizei und Detektive verstärkt.

Gleich bei Beginn der Beratung setzten die Kommunisten mit einem ohrenbetäubenden Lärm ein. Sie schlugen mit den Pulten auf die Bänke, pfiffen auf Lokomotivpfeifen und läuteten mit Glocken, so daß weder der Berichterstatter noch der Präsident sich verständlich machen konnten. Nachdem der Präsident fünf kommunistische Abgeordnete dreimal vergebens zur Ordnung gerufen hatte, wurden sie von der Sitzung ausgeschlossen, weigerten sich aber, den Saal zu verlassen. Nun wurde die Parlamentswache verständigt, die in Stärke von 16 Mann den Sitzungssaal betrat. Die Kommunisten erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen; die übrigen nahmen sie in ihre Mitte und versuchten ihre Entfernung zu verhindern. Sie mußten unter ungeheurem Lärm ihrer Parteigenossen buchstäblich aus dem Saale getragen werden. Darauf verließen auch die übrigen kommunistischen Abgeordneten unter Absingung des Liedes „Die Rote Fahne" den Saal.

Nachdem so wieder Ruhe eingetreten war, gaben sämtliche oppositionellen Parteien, die Deutsch-Bürgerlichen, die deutschen Sozialdemokraten, die Ungarn und die Slowaken, Protesterklärungen ab und verließen ebenfalls den Saal, in dem dann die Koalitionsparteien ungestört die Verhandlung fortsetzen konnten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 8. März.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung, die vom stellv. Stadtverordnetenvorsteher Buggel um 6¾ Uhr eröffnet wurde, leiteten

drei Anfragen

ein.

Stadtv. Stachecki fragte an, ob der Magistrat wirklich den Beschluß gefaßt habe, die Holzverkaufsstelle des Magistrats, die ungefähr 400 Personen Beschäftigung gegeben haben soll, Ende März aufzulösen, was unter den minderbemittelten Bürgern der Stadt berechtigte Beunruhigung hervorgerufen hat, da bei den Händlern das Holz zweifellos teurer bezahlt werden müsse.

Stadtpräsident Ratajski bedeutete dem Interpellanten, daß die Frage der Aufhebung der genannten Verkaufsstelle noch nicht endgültig entschieden sei, und teilte mit, daß sich der Magistrat bemühen werde, billiges Holz aus den Staatswäldern zu erhalten und die dazu nötigen Staatskredite zu erwirken. Die vom Stadtv. Stachecki vorgebrachte Angelegenheit werde wahrscheinlich in der nächsten Woche vor die Versammlung kommen.

Die zweite Interpellation

brachte Stadtv. Wybieralski ein. Sie betraf das verbreitete Gerücht, daß sich die Posener Universität um die Zuteilung der für repräsentative und musealische Zwecke bestimmten Räumlichkeiten im Posener Schloß bewerbe. Der Interpellant bat den Magistrat, die nötigen Schritte gegen die „Habgier" der Universität zu unternehmen, was wohl geschehen wird, obwohl kein Magistratsvertreter hierzu das Wort ergriff.

Eine Interpellation gegen die Presseberichterstattung.

Stadtv. Budzyński bat im Namen eines „Stadtverordnetenkomitees" um größere Objektivität der Presseberichterstatter und die Unterlassung von Schmähungen gewisser Stadtverordneter. Anlaß zu der Interpellation hat einer der letzten Berichte des Vertreters des „Przegląd Poranny" gegeben, der den objektiven Rahmen verlassen zu müssen glaubte. Der anwesende Vertreter des genannten Blattes verließ bei Eintritt in die Tagesordnung demonstrativ den Saal.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung betrafen

Wahlen.

Die Zusatzwahl von Dr. Rozmiarek und des Stadtv. Suchowiak von seiten der Industrie, Al. Tomas' von seiten der Kaufmannschaft, des Stadtv. Ballenstedt seitens der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtrats Berkan seitens des Magistrats zu Mitgliedern der Deputation der Posener Messe fand die Zustimmung der Versammlung, so daß die Deputation nunmehr 13 Mitglieder zählt.

Die Kraftwagensteuer.

Stadtv. Krzyżaniak berichtete über die neue kommunale Kraftwagensteuer, auf die der Magistrat auf seiner Suche nach Einnahmequellen verfallen ist. Sie soll schätzungsweise 300 Millionen abwerfen. Steuerpflichtig sind die Kraftwagenbesitzer. Sie werden je nach der Antriebskraft der Kraftwagen 100 000 bis 2 Mill. Mark jährlich zu zahlen haben. Die höchste Steuersumme würde demnach 2 Mill. Mark betragen. Für die Besteuerung der Lastautos sind 100 000—500 000 M vorgesehen. Die Normen, denen die Roggenwährung zugrunde liegt, erfahren im Verhältnis zur Geldentwertung automatische Erhöhung. Lastautos mit Eisenrädern unterliegen der dreifachen Steuer. Steuerfreiheit sieht die Satzung für folgende Kategorien vor: 1. Für Kraftwagen von Staats- und Selbstverwaltungsbehörden, die für den Gebrauch der Zivilbehörden bestimmt sind; 2. für Militärautos; 3. für Kraftwagen von akkredierten Auslandsvertretern, falls der Grundsatz der Gegenseitigkeit gewahrt ist; 4. für Krankenautos; 5. für Autodroschken, die mit Nummern versehen und von der Polizeibehörde zum Transport von Personen im Bereich der Stadt ermächtigt sind; 6. für Kraftwagen, die zum Verkauf stehen. Für Probefahrten vor dem Kauf ist keine Besteuerung vorgesehen. Die Steuer soll jeden 1. Januar und jeden 1. Juli zahlbar sein. Der Pflichttermin der Steuerzahlung läuft von Anfang des Vierteljahrs der Kauftätigung bis zum Ende des Vierteljahrs, in dem das Steuerobjekt veräußert wird. Den Roggenindex, der für die Erhöhung der Steuer als Grundlage dienen soll, setzt das Statistische Amt auf Grund der Notierungen an der Getreidebörse fest. Die Steuersatzung fand im allgemeinen die Zustimmung der Stadtverordneten.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Papst, wie die außerhalb der Stadt wohnenden Kraftwagenbesitzer, die nur vorübergehend in der Stadt weilen, zur Steuerzahlung herangezogen werden sollen, antwortete Vizepräsident Dr. Kiedacz, daß besondere Kontrolleure dafür Sorge tragen werden, daß auch die Steuerobjekte derjenigen Besitzer erfaßt werden, die nicht ständig in Posen wohnen, sondern sich nur vorübergehend einige Wochen in der Stadt aufhalten, wo sie eine Garage haben.

Stadtv. Habel betont, daß die Satzung einen empfindlichen Stoß für die Industrie bedeute, und verlangt Ermäßigungen für die Lastautos.

Stadtv. Krzyżaniak weist demgegenüber auf den, an der Jahresfrist gemessen, minimalen Steuersatz hin.

Die Satzung wurde darauf einmütig angenommen.

Gebührenerhöhung für Ausfuhrvieh.

Stadtv. Ruter berichtet darauf über die Erhebung von Zuschlagsgebühren für Horn- und Borstenvieh, das auf dem Städtischen Viehmarkt gekauft wird und für die weitere Ausfuhr bestimmt ist. Die Zuschläge werden das Doppelte der Marktgebühren betragen. Der Berichterstatter weist auf den ungenügenden Auftrieb hin, besonders auf die Tatsache, daß auf dem Viehmarkt am Mittwoch nicht ganze 700 Schweine aufgetrieben worden seien, und daß das beste Vieh nach Lodz, Tschenstochau und „anderen" Orten gehe.

Stadtv. Stachecki schlägt einen Gebührenzuschlag in Höhe der fünffachen Marktgebühren vor.

Stadtrat Nowicki warnt vor einer übertriebenen Gebühr, weil er als Folge davon eine Abnahme des Marktauftriebs befürchtet.

Stadtv. Pluciński teilt die Befürchtung des Stadtrats nicht.

Stadtrat Nowicki erklärt dann, daß man doch wohl nicht annehmen könne, daß sich der Magistrat beträchtliche Mehreinnahmen um die Ohren schlagen würde, wenn die Forderung der Ausfuhrzuschläge nur einseitig zuungunsten der Händler begründet werden dürfe.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Stachecki abgelehnt und die vom Stadtv. Ruter eingebrachte Vorlage, in der die doppelte Gebührennorm als vorläufige erklärt wird, angenommen.

Eine Unterstützung des Bergerstifts.

Dem Bergerstift wurde eine Unterstützung von mehr als fünf Millionen Mark bewilligt.

Als vorletzter Punkt kam die

Erhöhung der Stadtarbeiterlöhne

zur Beratung. Der vom Stadtv. Sieradzki geforderten Nachbewilligung der Lohndifferenz zwischen den zur Auszahlung gelangenden Teuerungszuschlägen und dem vom Statistischen Amt festgesetzten Teuerungsindex in Höhe von 64,55 Prozent folgte eine längere Aussprache.

Stadtrat Nowicki trat der etwaigen Annahme, daß der Magistrat durch die Kürzung der Arbeiterlöhne um ungefähr 5 Prozent den Willen kundtue, die Löhne herabzusetzen, mit aller Entschiedenheit entgegen und begründete den Standpunkt des Magistrats damit, daß der Magistrat Ende 1921 den Stadtarbeitern 8 Prozent mehr zugelegt habe als die in Privatunternehmen damals gezahlten Zuschläge betragen hätten, daß ferner nunmehr die Löhne in den Militärwerkstätten und Privatunternehmen um 16 Prozent niedriger seien als in den städtischen Werken, während eine Einheitlichkeit in der Lohnzahlung erstrebt werden müsse, daß die Finanzen der Stadt nicht gerade blühend wären, und daß die Arbeiterlöhne bereits ungefähr die Gehaltsbezüge der zur 4. Gehaltskategorie gehörenden Beamten zu übersteigen begönnen.

Stadtpräsident Ratajski erklärt, daß der kritische Stand der Finanzen der Stadt die Auszahlung der 4,55 Prozent nicht als Bagatelle ansehen lasse. Übrigens befänden sich die Beamten in noch schlimmerer Lage.

Stadtv. Pluciński hält dem Magistrat seine Opposition gegen die höhere Besteuerung der Händler und die seinerzeitige Zurückverweisung der Hundesteuer vor.

Stadtv. Wybieralski weist darauf hin, daß der geringe Prozentsatz nicht im richtigen Verhältnis zu der Unzufriedenheit stände, die im Falle einer Nichtbewilligung der geforderten 5 Prozent unter der Arbeiterschaft Platz greifen würde.

Stadtv. Stark erklärt, daß der Standpunkt des Magistrats in normalen Zeiten berechtigt wäre. Er weist auf die den oppositionellen Standpunkt desavouierende Erhöhung des Gasgeldes und der Gebühren für elektrischen Strom hin. Was die Reduktion betrifft, so solle man im Theater reduzieren, wo verschiedene Solisten usw. fast gar nicht auftreten.

Stadtv. Krzyżaniak hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für den für den Lohnabzug geeigneten Augenblick. Er ist für die Zusatzbewilligung, räumt aber ein, daß im Prinzip das Recht nicht auf seiten der Arbeitervertreter wäre.

Stadtv. Sieradzki sieht in der Haltung des Magistrats kein selbständiges Vorgehen, sondern ein Nachgeben gegenüber dem von seiten des Bezirksarbeitgeberverbandes ausgeübten Druck.

Vor der Abstimmung kommt es noch zwischen dem Stadtv. Kucharski und dem Stadtv. Sieradzki zu einem kleinen formellen Scharmützel, worauf der Antrag über die Zusatzbewilligung zur Annahme gelangt.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kam die

Erhöhung der Gebühren für das Rangieren

auf der städtischen Umladerampe zur Sprache. Die vom Stadtv. Seydlitz vorgeschlagene 100prozentige Erhöhung der Rangiergebühren wurde gebilligt.

Um 8¼ Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

※ **In der Strafsache gegen das Unterstaatsanwalt Bilażewskische Ehepaar** aus Posen wegen Beleidigung des Offizierkorps des 15. Ulanen-Regiments findet am Montag, 12. März, vormittags 9 Uhr erneut Verhandlung statt. Bekanntlich war am 30. September v. Js. gegen das Elternpaar und den am 6. Januar d. Js. getöteten Sohn Zdzisław in derselben Angelegenheit verhandelt, die Sache aber damals zur weiteren Zeugenvernehmung und zur Vernehmung dreier Sachverständiger vertagt worden. Im Interesse der schwergeprüften Eltern darf man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Beleidigungsklage nunmehr zum Abschluß kommt.

Die Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen hält am Sonntag, dem 11. März d. J. nachm. 5 Uhr im Fiedlers Restaurant, Górna Wilda 47, ihre Monatsversammlung ab. Herr Steinhof wird seinen schon angekündigten, aber wieder verschobenen Vortrag über „Krankenkassen- und Invalidengesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung auf die Posener Ortskrankenkasse" bestimmt halten. Nach Erledigung der Tagesordnung geselliges Beisammensein. — Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

hm. **Buk**, 8. März. Ein schwerer Schicksalsschlag hat die Ansiedlerfamilie Clundt aus Wilkowo betroffen. Wie wir vor etwa 14 Tagen berichteten, wurde Clundt eines Abends auf dem Nachhausewege von Buk nach Wilkowo in rachsüchtiger Absicht von rohen Subjekten überfallen und derartig verletzt, daß er in die Posener Diakonissenkrankenanstalt übergeführt werden mußte. Dort hat sich sein Zustand so verschlimmert, daß er jetzt seinen Verwundungen erlegen ist. Clundt wollte nach Deutschland auswandern, mußte aber wegen Krankheit seiner Kinder die Abreise verschieben. Die Witwe und die Kinder des auf so traurige Weise aus dem Leben Geschiedenen stehen jetzt ratlos vor der Zukunft. — Für Butter wurde bis 11 000 M. und für Eier die Mandel bis 5000 M. auf dem letzten Wochenmarkt bezahlt. Die Kilowattstunde elektrischer Lichtstrom kostet hier 3000 M. — Für einen kleinen Handwagen schlechtes Brennholz, den man 1915 für 3 M. bekam, muß man jetzt 30 000 M. bezahlen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Ratifikation der polnisch-italienischen Handelskonvention.** Premier Mussolini und der Bevollmächtigte Polens tauschten am 7. März die Ratifikationsdokumente aus, betreffend die Handelskonvention, die zwischen Italien und Polen am 12. Mai 1922 geschlossen wurde.

= **Schutz vor Aktienfälschungen.** Die Kunstanstalt Wezel und Naumann A.-G. in Leipzig hat ein neues Verfahren zum Patent angemeldet, nach welchem sie Aktien und überhaupt Wertpapiere herstellt, die vor Fälschungen geschützt sind.

= **Warschauer Getreidebörse vom 6. März.** Kongreßpolnisches Getreide 116 Pfund franko Verladestation 132 000 M., Posener Getreide 117—118 Pfund fr. Verl 133 000 M., Posener Hafer fr. Vrul. 132 000 M., Posener Braugerste fr. Verl. 110 000 M., Kongreß-Braugerste fr. Verl. 110 000 M., Roggenkleie 62 000—63 000 M., Serradella fr. Warschau 27 500 M., 70proz. Posener Roggenmehl fr. Verl. 228 000 M., Gerstenmehl fr. Warschau 175 000 M., 70proz. Kongreß-Roggenmehl 210 000 M.

Offizielle Warschauer Börse vom 7. März.

Devisen:

Belgien	23'5,	2425,	2400,	Paris . .	2690,	2760	2740,
Berlin	1.97½,	1.80.		Prag . .	1350,	1335.	
Danzig	1.97½.	1.80,		Schweiz .	8250,	8380,	8200
London	204 000	214 000,	207 000,	Wien .	64¾.	64,	
Neuyork	44 000,	45 000,	43 000,	Italien .	22.0,		
Holland	18 125.			Ofen-Pest	17¼.		

Danziger Mittagskurse vom 8. März.

Die polnische Mark in Danzig ..... 43½—44

Der Dollar in Danzig .... 19 000—20 000.

Berliner Börsenbericht

vom 7. März.

Disk.-Komm.-Anleihe .	9000.—	Polnische Noten	48.25
Danz. Priv.-Aktienbank	—	Auszahlung Holland . .	8 200 —
Hartmann Masch.-Aktien	12 000.—	„ London . .	9 800.—
Phönix	44 000.—	„ Neuyork . .	2[illegible] 675.—
Schuckert	—	„ Paris . . .	1 25[illegible].—
Hapag	36 100.—	„ Schweiz . .	3 847.50
3½% Pos. Pfandbriefe	120.—	Ungarische Goldrente . .	60 100.—
Auszahlung Warschau	48.—		

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Nach langem Leiden verschied plötzlich unser innigstgeliebter Bruder, Onkel, Neffe, Vetter, der Kaufmann

Isaak Krzyszkowski

im 55. Lebensjahre.

Die Hinterbliebenen
Bertha Königsberger,
geb. Krzyszkowski.
Heinrich Krzyszkowski.

Poznań den 7. März 1923.

Die Beerdigung findet Freitag, den 9. d. M., um 3½ Uhr nachm. von der Leichenhalle des jüd Friedhofes aus statt. [5911

Verein d. wohlt. Freunde.

Unser langjähr. treues Mitglied, der Kaufmann

Isaak Krzyszkowski

ist sanft entschlafen.

Die Beerdigung findet Freitag, d. 9. d. M., nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des jüd. Friedhofes aus statt. Der Vorstand.

English Service.
Methodist-Mission
12 o'clock Sunday, Skarbowa street 1, I. Etage.

2–4 Millionen Mark

geg. Sicherh. u. hohe Zinsen, evtl. Beteilig., sucht Grundst.-Besitzer. Gefl. Ang. u. **5875** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junge Geschäftsdame sucht ein nett **möbl. Zimmer** m. od. ohne Kost. Off. u. **L. 5900** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Holz-Verkauf.

Aus den **Jagen 2 bis 13 der Gutsforst Bronikowo** sollen

Montag, den 12. März 1923, vorm. 9 Uhr,

im **Gasthause zu Bronikowo** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung **verkauft** werden:

Akazie: 16 Haufen Strauch III. Kl.
Birke: 2 Stück Nutzenden III. Kl., 1,26 fm.
12,0 rm Nutzknüppel III. Kl.
Erle: 7 Stück Nutzenden III./IV. Kl., 3,27 fm.
6,0 rm Nutzknüppel III.
Kiefer: 122 Stück Bauholz I.—IV. Kl., 103,35 fm.
8,0 rm Nutzkloben (Böttcherholz),
70 rm Kloben,
30 rm Knüppel II. Kl.
4 Stück Stangenhaufen I./II. Kl.

Bronikowo, den 3. März 1923. [5836

Die Forstverwaltung.

Kaufe sofort Gut,

Größe 800—1500 Morgen, auch größeres.

Gegend gleichgültig. — Zahle sofort. [5878
Genaue Offerten mit Preisangabe erbittet
Rutkowski, Poznań, plac Działowy 6.

Kaufe Dampfmühle

mit Bahnanschluß oder nahe zur Bahn mit **Landwirtschaft**
oder **Ziegelei mit Landwirtschaft.**
Offerten unt. **5895** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten

Lokomobile

(Epple Buxbaum 1900), 7 Atm.
Dazu **Torfpresse**, **beid. komplett mit Riemen**
in sehr gutem Zustande steht **zum Verkauf.**
Max Wambeck, Janówiec.

Zur Frühjahrssaat
offeriert sämtliche [5898
Gemüse- u. Blumensamen
in zuverlässiger reeller Saat
Bruno Hoffmann, **Samenhandlung, Gniezno,** ul. Chrobrego 35

Verkaufe 12 junge angelernte
Arbeitsochsen.
Weitere Auskunft hierselbst. [5 97
Jahnz, Bukowiec p. Ryczywół.

Verkaufe
D. K. R. Brauntiger
im 4. Feld, **Entenspezialist,**
rabiater **Raubzeugwürger** und **Alles-Apporteur** bis zum schwersten Fuchs. Daselbst sind [5906
drei Teckel abzugeben.
von Loesch'sche Forstverwaltung,
Jabłona, Bojanowo, pow. Leszno.

Meine Verlobung mit der
verw. **Frau Dr. Gertrud Strube, geb. Schwedler**
zeige ich hierdurch ergebenst an.

Georg Furchheim,
Rittergutsbesitzer.

Kottwitz, Kr. Glogau, den 3. März 1923.
Post Rostersdorf

Teatr Pałacowy
Plac Wolności 6.
Vom 5. März: Der größte Schlager der Saison
Die 2 Mädchen von Paris
Das gewaltigste Meisterwerk französischer Filmkunst der Firma „GOUMONT" Paris.

Kaufe
[5788
Wolle, Gelb- und Blaulupinen,
Saathafer,
Mohn, Raps, Leinsaat sowie sämtl. Kleesaaten
und bitte um bemusterte Offerten.
Mieczysław Bachorski,
Dom Rolniczo-Handlowy
Poznań, ul. Młyńska 9.
Telegr.-Adresse: Embach. Telephon: Nr. 50-78.

Bringen Sie mir [5910
Schafwolle!
Ich tausche Schafwolle und gebe für 8½ Pfund 5 Pakete ausländische prima Strickwolle.
— Poznań — św. Marcin 34 **Fellhandlung** seit 20 Jahren in Poznań ansässig.

Gemeinde-Synagogen.
Andacht in den
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 9. März, abends 5¾ Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend nachm. 5¾ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt
Sabbatausgang 6 Uhr 29 M.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¾ Uhr), ab. 6 Uhr. Donnerstag abend Jaum Kippur Koton.
Täglich Lehrvorträge.
Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag. 9. März, abends 5¾ Uhr.
Sonnabend. den 10. März vorm. 10 Uhr.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

Stellenangebote.

Mädchen und Burschen
für Landwirtschaft gesucht. Reise wird bei einjähriger Verpflichtung erstattet. (590
Beitsch Nr. 4
b. Beuthen a. Oder.

Perfekte
Köchin
sucht per 1. April d. J.
Frauenarzt **Dr. Kantorowicz.**

Wirtschaftsbeamter
gesucht zum 1. Juli d. Js., verheiratet. kath., firm in **Gutsgeschäften** und **Polnisch, für 1200 Morgen intensiver Wirtschaft im Kreise Leszno.** Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften **unt. H. 5887 an die** Geschäftsstelle dieses Blattes **erbeten.**

Zum **sofortigen Antritt**, evtl. 1. oder 15. April d. J. wird ein **älterer, unverh.** [5907
Hofverwalter
mit mindestens **3jähriger Praxis gesucht.** Meldungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Oberinspektor Clase, Dom. Malinie, pow. Pleszew.

2. Zimmerpolier,
oder Postengeselle,
im **Treppenbau** und **Verband** erfahren, finden sofort Beschäftigung. Meldungen und Zeugnisabschriften an
F. Kadereit, Zimmermeister,
Skarszewy (Pomorze).

Förster
mit 12jähriger Praxis, 33 J. alt, verheiratet, firm in seinem Berufe sowie in der **Fasanenzucht**, unerschrocken gegen Wilderer und Forstfrevler, mit guten Zeugnissen, z. Zt. in der Holzbranche tätig, der polnischen, deutschen, einnischen und russischen Sprache mächtig, **sucht vom 1. April d. Js. oder später**
Stellung als Förster.
Gefl. Zuschriften wolle man unt. **5837** an die Geschäftsstelle dieses Blattes richten.

Suche ein


von 500—900 Mrg. z. kaufen. Bevorzugt Nähe von Gymnasialstadt. Beschreibung nebst genauer Preisang u. **P. 5888** a. d. Geschäftsst. d. B. erb. Vermittelung ausgeschlossen.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 9. 3. abends 7 Uhr: **„Die Fledermaus"**, Oper in 3 Akten von J. Strauß.
Sonnabend, den 10. 3., abends 7½ Uhr: **„Pique Dame"**, Oper von Czajkowski.
Sonntag, den 11. 3., um 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchenoper von Humperdinck. (Preisermäßigung).
Sonntag, den 11. 3., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper in 3 Akten von Offenbach.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Zum letzten Male
warnen wir unsere Stammgäste, daß sie es nicht wagen, den Film
„Fuhrmann des Todes"
anzusehen, der täglich im
Kino Apollo
demonstriert wird.
Internationaler Verband der Restaurateure.

Dame
mit älterem Herrn **Sonnabend, den 3. d. Mts,** zwischen **1 und 2 Uhr mittags in der letzten Nische des**
„Bristol"
wird um Angabe der Adresse gebeten.
Zuschrift unter **F. 5905** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Gutsverwalter,
dem es an passender Damenbekanntschaft mangelt,
sucht Dame zwecks Heirat
kennen zu lernen. Vermögen nicht Bedingung. Suchender ist 36 Jahre alt, evang. und seiner Ansicht nach ein netter Kerl, der die beste Absicht hat, ein Weib glücklich zu machen.
Diskretion zugesichert und verlangt.
Offerten unt. **M. Z. 5904** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gut erhaltene
Wohnungseinrichtung
zu kaufen gesucht. Off. unt. **5899** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Landwirtstochter aus größ. Landwirtschaft, evgl. Ende 40., wünscht sich mit älterem Landwirt zu
verheiraten.
Witwer mit Kind nicht ausgeschlossen. Off. unter **M. L. 5908** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellengesuche.

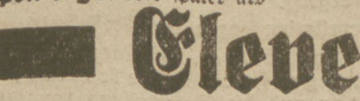
Wirtschafts-Inspektor,
verheiratet, 1 Kind. kath., d. deutsch. u. poln. Spr. i. Wort u. Schrift mächt., gestützt auf gute Zeugn., mit sämtlichen landwirtschaftl. Maschinen sehr gut vertraut, sucht Stellung zum 1. 4. 23. Meldungen u. **F. K. 5913** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junges, gebildetes Fräulein, welches den Betrieb eines großen Haushaltes kennt, sucht
Stellung
als Hilfe der Hausfrau in größerer Stadt oder auf dem Lande. Gefl. Offerten unter **M. 5903** an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Beamtentochter möchte ohne gegenseitige Vergütung den
Haushalt auf einem Gute erlernen.
Off. u. **R. 5862** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junges, evangelisches, kinderliebes **Mädchen** sucht bei Familienanschluß zur **Unterstützung der Hausfrau**
Stellung
in besserem Hause. Gefällige Angebote unter **S. N. 5901** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gutsverwalter
mit langjähr. Praxis, **sucht bald Stellung** evtl. auch **Vertretung** (Poln. Staatsbürger).
Offerten unt. **V. 5902** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Für meinen **19jährigen Sohn,** der bisher in meiner **Wirtschaft** tätig und die beiden Kurse der Winterschule absolvierte, wird auf einem **mittleren Gute Stellung** zum **1. April d. Js.** oder später als [586?


direkt unter dem Prinzipal gesucht.
F. Lubitz, Zatom Nowy b. Międzychód (Birnbaum).